

## Völkchewismus und Wirtschaft.

Die bolschewistische Regierung in Rußland ist so lange schon am Ruder, daß man die Behauptung wagen kann, sie hat bei der rücksichtslosen Energie, die sie bei der Durchführung ihres Programms entfaltet, in der Mehrheit, bereits alle jene Umwandlungen eingeführt, die in ihr Programm gehören. Von den Folgen, die die bolschewistischen Maßnahmen in dem russischen Wirtschaftsleben hervorriefen, sind Einzelheiten durch gelegentliche Korrespondenzen der deutschen Presse vermittelt worden. Aber ein Ueberblick über die Wirkung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, in möglichst gedrängter Form, ist bisher nicht gebracht worden, weshalb wir glauben, diese Lücke mit den nachstehenden Ausführungen ausfüllen zu dürfen.

Fassen wir vor allem das Geld- und Bankwesen ins Auge. Eine der ersten Maßnahmen unter bolschewistischer Herrschaft war die Sperre sämtlicher Bankguthaben, die nur jenen Personen zugänglich gemacht wurden, die kleine Beträge unbedingt zu ihrer Lebensführung benötigten. Das muß möglichst eng aufgefäßt werden. Heute also, die arbeiteten und nach Ansicht der bolschewistischen Regierung genug damit verdienen, hatten keinen Anspruch auf ihr Bankguthaben. Nur jene Personen, die arbeitsunfähig waren oder sonstwie keine Erwerbsquelle besaßen, durften kleine Beträge aus ihrem Bankguthaben auszubezahlen erhalten. Ferner wurden diese Bankguthaben zur Verfügung gehalten für wirtschaftliche Betriebszwecke, aber auch nur dann, wenn diese Betriebszwecke das Plazet der bolschewistischen Regierung erhalten hätten. Dieser draconischen Maßnahme lag die Befürchtung zugrunde, es würde das Kapital nach dem Auslande abwandern, eine Annahme, die übrigens berechtigt war. Aber man braucht noch mehr die in den Banken deponierten Gelder für die neuen Aufgaben, die man den Banken zuweisen wollte. Diese Maßnahme stand im Zusammenhang mit der Verstaatlichung sämtlicher Banken und Privatbankgeschäfte. Alle diese Bankunternehmungen wurden „Abteilungen der Volksbank“. Die früheren Direktoren und Geschäftsinhaber, sowie alle Spezialisten, wurden zur Weiterarbeit gezwungen, worauf der Grundlag proklamiert wurde, die neue Volksbank sei kein Erwerbstitel, sondern lediglich ein Organ der Verwaltung. In der Wirklichkeit aber waren diese Abteilungen der Volksbank dazu bestimmt, die bei ihnen eingeleigten Gelder der Industrie und den Verkehrsunternehmungen zuzuführen, die angesichts der durch die bolschewistische Regierung eintretenden Verletzung ohne Zuhilfenahme dieser fremder Gelder nicht arbeiten konnten.

Die Bolschewisten haben aber trotz ihrer Strenge in Sachen der Bankguthaben ihren Zweck doch nur halb erreicht, denn der Völkchewismus, geleitet von dem Wunsch, die industriellen Handels- und Verkehrsunternehmungen aufrecht zu erhalten, — im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse —, konnte es doch nicht vermeiden, daß ein Teil der Guthaben zum Zwecke der Lohnauszahlungen nach und nach zur Auszahlung gelangte. Als die Einlagen in dieser Weise verbraucht waren, mußte dann die Regierung, um die Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit der Abteilungen der Volksbank aufrecht zu erhalten, neue Mittel beschaffen, was sich nur im Wege der Notenpresse tun ließ. Daher gibt es keine Bank mehr in Rußland, die nicht schon jetzt in hohem Maße überschuldet ist, die in der Lage wäre,

ihre Forderungen bei der Kundschaft einbringlich zu machen, trotzdem sie ihren Forderungen gegenüber unbestreitbar haftbar bleibt.

Um das Maß voll zu machen, hat die bolschewistische Regierung den Handel mit Wertpapieren und Valuta strengstens verboten, ja, auf den Valutahandel ist sogar die Todesstrafe gesetzt u. sogar gelegentlich durchgeführt worden. Die bolschewistische Regierung hat bisher nicht grundsätzlich sämtliche Wertpapiere außer Kraft gesetzt, sie hat aber sämtliche Staatsanleihen mit Ausnahme der von ihr selbst herausgegebenen Freiheitsanleihe einfach annulliert. Sie hat die Zahlung von Kupons, Zinsen und Dividenden verboten, und dießes Verbot ist vielleicht das einzige, das man in Rußland bisher strengstens beachtet hat. Die Besitzer von ausländischen Wertpapieren wurden zur Registrierung gezwungen und auch diese Werte dann annulliert. Die letztere Vorkehrung ist aber nur auf dem Papier stehen geblieben, denn nur der aller kleinste Teil der Effekten wurde tatsächlich registriert, vielmehr wurde ein schamloser Handel in diesen Wertpapieren und in Valuten wie in Grundstücken betrieben, wobei natürlich nicht ein Verkehr in dem ehemaligen Börsegebäude vor sich geht, sondern die Börsen in Toren, Straßenwinkeln und verstreuten Wirtschaften gehalten wird. Daß es dabei oft zu Schieberereien kommt, ist nicht weiter aufregend. Die Umsätze in Valuta, in Reichsmark, Schwedischen und österreichischen Kronen sind geradezu enorm.

Die Verstaatlichung der Industrie spielte sich so ab, daß in einzelnen Betrieben auch Arbeiterräte als Kontrollorgane eingesetzt wurden mit weitgehenden Befugnissen; diese Leute mischten sich immer mehr in die Leitung der Betriebe ein. Durch ein Dekret wurde dann die Verstaatlichung der gesamten privaten Industrie ausgesprochen. Daß die neuen Geschäftsleitungen bald den Ruin der Unternehmungen herbeiführten, war umso leichter zu erklären, als der Roh- und Brennstoffmangel und die Unmöglichkeit, die Fabrikate zu verkaufen, — mangels geeigneter Betriebsorganisationen — die Aufgaben der Industrie ohnehin um ein erhebliches erschwert hatten. So sahen sich die Fabriken nach und nach zur Einstellung gezwungen. Man merke wohl, insbesondere in Bezug auf deutsche Verhältnisse, daß bei allen diesen rühmlichen Entwicklungen die Direktoren und Besitzer der Unternehmungen in ihrem Betriebe weiter gearbeitet haben. Man kann von diesen Berufsleiter nicht annehmen, daß sie nicht ihr Allerbestes getan haben sollten, um ihr Lebenswerk in Gang zu halten; dennoch ging es auf der schiefen Ebene schnell hinunter, denn die bedeutenden Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, die zugestanden wurden, brachten solche Mehrkosten, daß die Guthaben bei den Banken bald angegriffen werden mußten, und nachdem er bankrott eingekläumt Kredit, der anstelle der aufgebrauchten Bankguthaben kam, auch bald aufgefäßt war, so trat eine Ueberladung der Betriebe ein, die letzten Endes zum völligen Stillstand zwang, bei welcher Gelegenheit die Gebäude, Maschinen und sonstigen Besitztümer der Fabriken zu Schleuderpreisen veräußert wurden.

Die Arbeiter mußten, um dem Elend in der Stadt zu entkommen, auf das flache Land gehen, wo sie unter den unwürdigsten Bedingungen weiter vegetieren. Viele suchten bei der roten Armee Unterkunft, wo sie wenigstens ihr Dasein fristen konnten, denn der von der Sowjetregierung ge-

zahlte Sold, wenn auch ziffermäßig hoch, konnte den Notgardisten bei der enormen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse keine wesentliche Besserung bringen.

Die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens spielte sich nach bewährten Mustern ab. Die alten Direktoren mußten mit ihrem Stabe weiterarbeiten unter Kontrolle von angestellten Vertretern. Die hohen Löhne und die verkürzte Arbeitszeit brachten die erste Vorbedingung für den wirtschaftlichen Ruin. Die Einnahmen gingen zurück, die Ausgaben stiegen. Ein kleines Beispiel: Die Südbahnhütte hatte im Jahre 1917 183 Millionen Rubel Einnahmen, 161 Millionen Ausgaben; es blieb also ein rechnerisches Plus von rund 22 Millionen Rubel, im Jahre 1918 betragen die Einnahmen 191 Millionen Rubel, die Ausgaben 291 Millionen Rubel, so daß sich ein Defizit von 100 Millionen Rubel ergab.

Die Betriebsleistungen der Eisenbahnen sind auf ein Mindestmaß herabgegangen. Der Personenverkehr funktioniert notdürftig und von einem Güterverkehr kann kaum mehr die Rede sein. Die Hälfte des rollenden Materials ist unbrauchbar, die Reparaturwerkstätten sind desorganisiert, und die Fabriken, die neue Wagen und Lokomotiven herstellen könnten, können nicht liefern, weil sie verstaatlicht bzw. sozialisiert sind.

Wenn überhaupt noch möglich, so ist ein noch größeres Fiasko des bolschewistischen Systems im Handel festzustellen. Der Außenhandel ist monopolisiert. Da aber praktisch gar kein Außenhandelsverkehr stattfindet, so hat das weiter nicht viel auf sich. Der russische Außenhandel ist seit der bolschewistischen Herrschaft völlig zum Stillstand gekommen. Das würde den Bolschewisten weniger Kopfzerbrechen machen als die zuherst bedrohliche Entwicklung im Binnenhandel. Die Sowjetregierung braucht Lebensmittel für die ständig anwachsende Armee und für die Arbeiterschaft, soweit sie unbedingt erhalten werden muß. Von den Bauern erhält aber die Regierung Lebensmittel nur dann, wenn sie ihnen dafür Industrieartikel gibt. Nun ist aber die Industrie zum Tode verurteilt, so daß also die in Rußland zur Verfügung stehenden Industrieartikel lediglich im Wege des Schleichhandels greifbar gemacht werden können. Der Schleichhandel ist mit dem Tode bedroht, bringt also wohl große Quantitäten ins Land, die aber nur zu ungeheurer hohen Preisen zu haben sind. Durch die Beseitigung aller Vermögen und aller steuerkräftigen Einkommen ist die Quelle der direkten Steuern zugeschüttet. Einfuhrzölle können nicht erhoben werden, weil offiziell keine Einfuhr besteht und der Schleichhandel es gewiß nicht nötig hat, seine Waren dem russischen Zollbeamten zu stellen. Es ist also für die Regierung lediglich die Zukunft offen geblieben, die Notenpresse in Bewegung zu erhalten und durch die großen Gewinne im Zwischenhandel (Ankauf von Industriewaren, Einkauf von Lebensmitteln) den täglichen Geldbedürfnissen nachzukommen, die benötigt werden, um die Regierungsmaschine in Gang zu erhalten.

Wir glauben nach diesen Schilderungen es uns ersparen zu dürfen, das bolschewistische Eingreifen auf Landwirtschaft und städtischen Grundbesitz zu schildern. Ebenso halten wir es für wenig angebracht, ein Resümee über die wirtschaftlichen Folgen der bolschewistischen Wirtschaftspolitik zu geben. Man kann sich aber aus dem, was sich in Rußland zugetragen hat, ein kleines Bild davon machen, welchen Entwicklungen wir zustreben, falls es einer Minorität in unserm Vaterlande gelingen würde, die Regierungszügel in die Hand zu bekommen. Finanz- u. Verlosungsblatt.

# Aufruf!

**Alle Wähler, welche das beste und gerechteste Staatswesen der Welt wollen!**

**Alle, welche Kriegsanleihe gezeichnet haben, und dieselbe nicht verlieren wollen!**

**Alle gutgesinnten Christen, welche eine freie vom Staat getrennte, auf göttliche Kräfte gebaute Kirche wollen!**

**Vater und Mutter  
Schwester und Bruder**

**Geben ihre Stimme am Wahltag der  
Mehrheits = Sozialdemokratie!**

**Für Behörden  
und Private!**

Prima



**Kanzleipapiere**

und  
**Schreibmaschinenkanzlei  
Amtsumschläge**

**Postpapiere**

liniert u. farbiert

**Billettpapiere**

und

**Umschläge**

empfiehlt zu mäßigen Preisen die

**W. Rieker'sche Buchh.  
Papier- u. Schreibwarenbg.  
Altensteig.**



# ! Bürger und Bürgerinnen! Württembergs

Die Entscheidung ist nahe! Wie wollt Ihr wählen?

## Wir werfen der Sozialdemokratie vor:

Durch die Tatenlosigkeit der sozialdemokratischen Machthaber, die den Bolschewismus ohne wirksame Gegenmaßnahmen sein Zerstörungswerk am deutschen Vaterlande fortsetzen läßt, drohen uns furchtbare Gefahren:

**Bruderkrieg, Zerstörung von Heim und Herd, Vernichtung aller Kulturwerte.**

**Elend und Hungerdunst, denn ohne Ordnung gibt es keinen Frieden.**

Durch ihr Programm der **Sozialisierung** verhindert die Sozialdemokratie die **Wiedererstarbung unserer Industrie und Landwirtschaft** und den so notwendigen

**Wirtschaftlichen Wiederaufbau.**

Durch ihr Programm der **religionslosen Schule** nimmt sie unseren Kindern die **edelsten Grundlagen der Erziehung.**

Durch ihr Programm der **Einheitsschule**, wie es Herr Hermann vertrat, wird das **Bestimmungsrecht der Eltern**

für die Berufswahl ihrer Kinder ausgeschaltet und allein der Schule übertragen.

Durch ihr Programm der **völligen Trennung von Staat und Kirche** nimmt sie der Kirche die **Lebensfähigkeit**, unserem Volksleben seinen wertvollsten Kern, die Durchdringung mit einem

**lebendigen Christentum.**

## Wir werfen der Demokratie vor:

Sie fählt und denkt in ihren zahlreichen volksfremden Führern **nicht deutsch.**

Sie denkt, ihrem ganzen politischen Verhalten nach, **nicht bürgerlich,**

denn sie hat den Zusammenschluß des Bürgertums von neuem durch **Ablehnung der Listenverbindung** verhindert, weil sie sich scheut, Stellung zu nehmen **gegen die Sozialdemokratie.**

Ihr Programm bietet keine Gewähr, daß sie eintreten will für **Christliche Erziehung**

in der Schule, denn es vertritt nur die **Beibehaltung des Religionsunterrichts**, nicht aber des **konfessionellen Religionsunterrichts.**

**Wer eintreten will:** für **Zucht und Ordnung**, für **deutsche und christliche Art**, vor allem **wer gegenüber der roten Flut**, deren Segen die letzten Wochen gezeigt haben und gegen die die Demokratie kein Volkswerk sein kann und will,

**bürgerlich wählen**

will, für den gibt es nur eines, das ist der **Stimmzettel der**

**Württembergischen Bürgerpartei.**

# Bauern!

## Keine Stimme für den Bauernbund!

In der Landesversammlung des Bundes der Landwirte erklärte am 9. Dezember 1917 der Vorsitzende, Oekonomierat Stroebel,

„daß der Bauernbund für einen guten Frieden eintrete, nicht für die Friedensbettelei vom 19. Juli 1917. Wie toll mag es in den Köpfen dieser Schwächer, Wichtigtuer und Herneurosen ausgesehen haben, daß sie uns ihren Verzichtfrieden zumuten konnten. Mittlerweile sind sie allerdings stiller und stiller geworden, legen es aber jetzt darauf an, in unseren inneren Fragen die Macht an sich zu reißen. Man möchte uns einen Verzichtfrieden ohne Entschädigungen aufdrängen, dafür danken wir. Wir sind die Sieger und wollen daher einen Siegerfrieden.“

Solche Aeußerungen waren geeignet, die Feinde zusammenzuhalten und dadurch den Krieg so lange hinauszuziehen.

Bauern! Gebt ihnen am Wahltag die Quittung dafür und stimmt nicht für die Kandidaten des Bauernbundes, unter denen sich auch Herr Stroebel befindet, sondern für die Kandidaten der

**Deutschen demokratischen Partei!**

## — Lösungsbüchlein —

für 1919

schon eingetroffen und zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.

# Leinöl

kauft

**W. Beeri**  
Altensteig.

Altensteig.

# Mädchenesuch.

Auf 1. März oder früher wird ein geordnetes, nicht zu junges Mädchen gesucht von

**Frau Sophie Kaltenbach,**  
Marktplatz.



# Landwirte.

Wer Backofen, Backherde oder Fleischräucher anschaffen will, verlange sofort Preisliste von

**Johs. Werner**  
Nagold.

# Wähler und Wählerinnen!

== Die Stunde der Entscheidung ist da! ==

Wen sollt Ihr wählen? Wie sollt Ihr wählen?

Diesmal gilt's nicht, einen einzelnen Mann zu wählen, sondern Ihr müßt Euch für eine Partei entscheiden.

Welche Partei müßt Ihr wählen?

Könnt Ihr links wählen?

## Die Sozialdemokratie aller Richtungen

hat zum Ziel die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, also auch der Werkzeuge und Maschinen des Handwerkers und des gewerblichen Mittelstandes und des Grund- und Bodens des kleinen Bauern. Sie will die Lösung der Frage der Stellung der Kirche und des Religionsunterrichts in kirchen- und religionsfeindlichem Sinne durchsetzen.

Könnt Ihr rechts wählen, nachdem die Politik der Rechten uns im Innern und nach außen zum Ruin geführt hat? Die badischen Wahlen zeigen, daß die Rechte zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein wird.

Die Württ. Bürgerpartei und ihre Anhängsel, die verschiedenen „Bauernblünde“, wollen den Staatskarren rückwärtsziehen. Hier wird geliebäugelt mit der Wiederherstellung der Monarchie und des Militarismus und die möglichste Schonung des Kapitalismus vertreten.

Wähler und Wählerinnen des Oberamts Nagold! Euer Platz ist nicht auf der Seite derjenigen, die ängstlich besorgt sind für die Stellung und Rechte der oberen Zehntausend.

## Die Deutsche Demokratische Partei

tritt ein für **scharfe Erfassung des Kapitals** zum Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens, für **freieitlichen Aufbau** des Staats auf den Schultern des ganzen Volkes, für **Freiheit und Fortschritt** auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, für **Befreiung der Kirche** von den Fesseln des Staats, für **Beibehaltung des konfessionellen Religionsunterrichts** in der Schule, aber ohne Zwang für die Lehrer und für die Eltern der Schüler, für **Beibehaltung des Privateigentums** und der Produktionsmittel.

Seht die Kandidatenliste durch! Ihr werdet finden, daß die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei ebenso **deutsche und Christliche** Männer und Frauen sind wie die der Württ. Bürgerpartei und daß auch Vertreter der evangel. Kirche wie Reg.-Direktor von Hieber, Stadtpfarrer Esenwein, und Stadtpfarrer Lamparter, sich unter ihnen befinden.

Die **Rechte der Kirche und der Religion** werden auch von der Deutschen Demokratischen Partei gesichert!

Es handelt sich nur darum, ob die **Sozialdemokratie allein** den Neuaufbau bestimmen wird, oder **gemeinsam** mit einer **starken Deutschen Demokratischen Partei.**

Deshalb:

**Wählt die Deutsche Demokratische Partei!**